



Hamburg

Durchaus integrativer, aber nicht wirklich inklusiv

**Anna Ammann, Barbara Riekman,
Uwe Timmermann**

Das Hamburger allgemeinbildende Schulwesen besteht seit dem Jahr 2010 aus zwei Säulen: Der Stadtteilschule – gebildet aus 37 integrierten Gesamtschulen, drei kooperativen Gesamtschulen, drei Aufbaugymnasien und 19 Haupt- und Realschulen – und dem Gymnasium. Damit kamen jahrzehntelange und zuletzt heftig geführte Diskussionen um die „Eine Schule für alle“ einerseits, aber auch die krampfhaften Bemühungen um den Erhalt eines dreigliedrigen Schulwesens andererseits zu einem vorläufigen Ende. Welche Entwicklungslinien lassen sich beschreiben? Wie ist es dazu gekommen?

Gesamtschulen als Schulversuch von 1968 bis 1979

Wie viele andere Bundesländer beurteilte Hamburg die Empfehlungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates zur „Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen“ positiv. Bereits 1968 wurde gegen den entschiedenen Widerstand der CDU die erste Gesamtschule (der „Alte Teichweg“) gegründet. Wenig später umfasste der Schulversuch in Hamburg acht integrierte sowie eine kooperative Gesamtschule.

Die neue Schulform entstand Schritt für Schritt aus der Umwandlung einiger ehemaliger Gymnasien oder Haupt- und Realschulen sowie durch Neubau auf der grünen Wiese oder in großen Neubausiedlungen. Begleitet und gebremst wurde die flächendeckende Weiterentwicklung durch heftigste bildungspolitische Auseinandersetzungen. Mit der Schulgesetznovelle zur „Einführung des Elternrechtes auf Wahl der Schulform“ wurde 1977 die weitere Schulentwicklung in die Hände der Eltern gelegt und damit faktisch die politische Steuerung des Schulwesens aufgegeben. Die Gesamtschule wurde als eine die Schulformen des gegliederten Schulwesens ergänzende, nicht aber eine sie ersetzende Schulform etabliert. Gewissermaßen als Kompromiss wurde in der Präambel des Schulgesetzes festgehalten, dass „die Schule in Richtung auf ein integriertes System fortentwickelt werden“ sollte.

Gesamtschulen der 2. und 3. Generation von 1979 bis 2000

Mit der KMK-Vereinbarung aus dem Jahr 1982 über die „gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen“ wurde die Abschluss- und Anschlussfähigkeit der Gesamtschüler:innen in ganz Deutschland abgesichert. Der Preis war hoch: Die an den Vorgaben des gegliederten Schulwesens orientierten Auflagen für die äußere Leistungsdifferenzierung sollten sich in späteren Jahren als Hemmnis für die innere Entwicklung der Gesamtschulen erweisen.

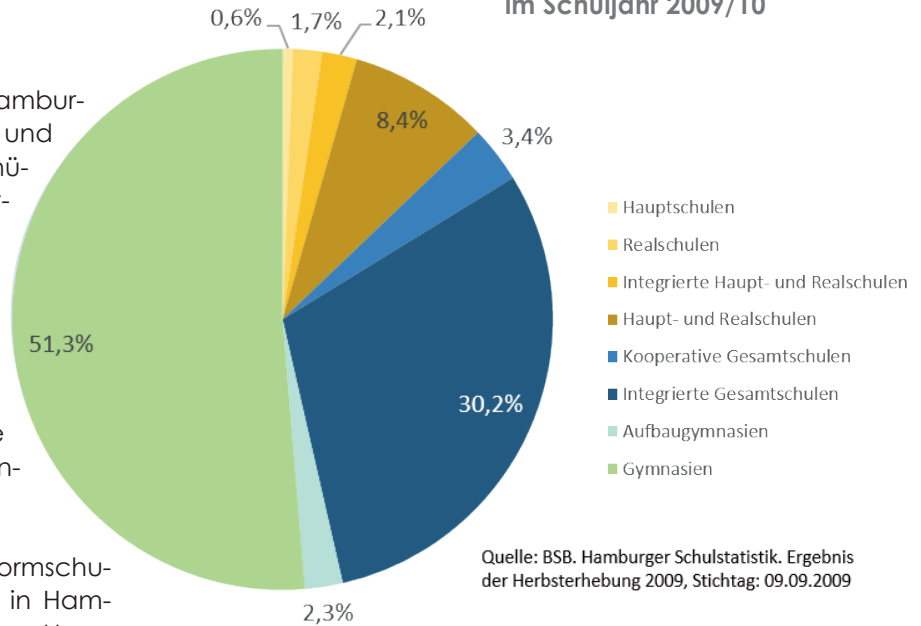
Das Schulwahlverhalten der Eltern führte in Hamburg zu einer erheblichen Ausweitung der Gesamtschulen. Zwischen 1979 und 2000 wurden in zwei Abschnitten je 15 neue Gesamtschulen überwiegend durch Umwandlung bestehender Schulen gegründet, die, trotz der Elternwünsche, immer wieder begleitet wurden von starken und ideologisch heftigen Protesten.

Mit der „empirischen Wende“, die von Senatorin Rosemarie Raab in den 90er Jahren eingeleitet wurde, wurde die Leistungsfähigkeit der Gesamtschulen erstmalig auch in Zahlen belegt (zunächst in der Lernausgangslagenuntersuchung – kurz LAU, später auch in einem Gutachten des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung – kurz DIPF). Die Kritik der Vertreter:innen des dreigliedrigen Schulsystems fokussierte sich fortan auf eine vermeintlich bessere Ressourcenausstattung der Gesamtschulen mit der Folge, dass mehrere „Konsolidierungswellen“ zu erheblichen Kürzungen führten. Dennoch bauten die 39 Gesamtschulen erfolgreiche und attraktive Systeme mit stabilen Anmeldezahlen auf. Intensive inhaltliche Arbeit an gesamtschulspezifischen Konzepten und Ausprägungen, z. B. im Wahlpflichtbereich, an der Berufsorientierung oder an Fragen der inneren und äußeren Differenzierung prägte diese Phase.

Nach PISA – Entwicklung von 2000 bis 2010

Im Zuge der Diskussionen um die PISA-Ergebnisse geriet das gegliederte Schulwesen erneut stark in die Kritik. Und auch die innerschulischen Strukturen der Gesamtschulen, die in den letzten 25 Jahren ausgeprägt worden waren, muss-

Schulformen und Schülerverteilung (Sekundarstufe I und II) im Schuljahr 2009/10



ten infrage gestellt werden. Mit der Hamburger KESS-Untersuchung (Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern) wurde deutlich, dass die Gesamtschulen ihren Systemvorteil, die Heterogenität, nicht voll auszuschöpfen vermochten. Insofern galt es, auch die durch die KMK auferlegten und zum Teil selbst geschaffenen institutionellen Barrieren zu hinterfragen und durch eine noch wirkungsvollere individuelle Förderung jedes Einzelnen zu überwinden.

Ein gemeinsamer Lernprozess von Reformschulen und Gesamtschulen nahm auch in Hamburg an Fahrt auf, so dass von einigen Hamburger Gesamtschulen im Verlaufe der 2000er Jahre wegweisende Entwicklungs- und Reformarbeit geleistet wurde. Diese Arbeit wurde gestützt und begünstigt durch neue Freiräume im Rahmen von Schulversuchen.

Insgesamt war die Überlebensfähigkeit des dreigliedrigen Schulsystems in diesen Jahren durch den Elternwillen in Hamburg deutlich infrage gestellt. Wurden 1998 noch 27 % der Fünftklässler an HR-Schulen angemeldet, so waren es 2008 nur noch knapp 16 %. Gestiegen waren in diesem Zeitraum die Anteile der Gesamtschüler:innen von 28 % auf 34 %, am stärksten allerdings die der Gymnasien von 43 % auf 51 %. Nur noch 10 % der Schüler:innen besuchten die Hauptschule. Daran änderte auch eine immer stärkere Ausdifferenzierung des Haupt- und Realschulbereichs nichts. Eine von der Hamburgischen Bürgerschaft eingerichtete Enquetekommission empfahl 2007 ein Zweisäulenmodell, nur die Grün-Alternative-Liste (kurz GAL) wich mit einem Minderheitenvotum hiervon ab und empfahl eine 9-jährige Schule gemeinsamen Lernens. Auch ein von der GEW und der GGG getragenes Volksbegehren für „Eine Schule für alle“ scheiterte 2007. Unerwartet schrieb sich die erste schwarz-grüne Regierung der Bundesrepublik auf Landesebene im Folgejahr das Zwei-Säulen-Modell und die Schaffung einer gemeinsamen Schule bis einschließlich Jahrgang 6 in den Koalitionsvertrag. Diese Primarschulreform scheiterte im Jahr 2010 in einem bürgerlichen Volksentscheid. Damit fanden die Versuche, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder in Hamburg zu etablieren, ein vorläufiges Ende.

Für die Hamburger Schulen war das Scheitern der Primarschulreform ein großer Einschnitt, denn räumlich und personell waren bereits alle Schulen seit 2008 auf die 6-jährige Primarschule und das Zwei-Säulen-Modell umgesteuert worden. Nun musste binnen kürzester Zeit zurückgerudert und mussten die inhaltlichen und organisatorischen Rahmensetzungen für die Jahrgänge 5 und 6 der Stadtteilschule neu konzipiert werden.

Zwei-Säulen-Modell ab 2010

Die neue Schulform Stadtteilschule stellte zunächst nur eine organisatorische Zusammenfassung von 40 Gesamtschulen, 3 Aufbaugymnasien und 19 Haupt- und Realschulen dar.

Die Konstruktion dieser Zweigliedrigkeit enthielt Strukturmerkmale, die die Stadtteilschule als neue Schulform stärken und gegenüber dem Gymnasium konkurrenzfähig machen sollten: Jede Stadtteilschule kann eine **eigene Oberstufe** einrichten, nur an der Stadtteilschule können Schüler:innen in einem **13jährigen Bildungsgang** das Abitur erreichen, jede Stadtteilschule ist als **Ganztagschule** konzipiert und gegenüber dem Gymnasium ist die Stadtteilschule **personell besser ausgestattet**.

Gerade vor dem Hintergrund unterschiedlicher Herkunft und Biografien der Schulen sollte besonders hervorgehoben werden, dass sich die Schulleiter:innen der neu gegründeten Stadtteilschulen bereits bei ihrer ersten Tagung im Herbst 2010 ein gemeinsames pädagogisches Leitbild für ihre innere Entwicklung gegeben haben (Leitbild 2010).

Dieser gemeinsame pädagogische Wille wurde durch neue rechtliche Rahmensetzungen unterstützt: Die verbindlichen Kursauflagen fielen weg, innere Leistungs differenzierung war möglich und wurde von etwa der Hälfte der Stadtteilschulen sofort umgesetzt. Fächer konnten zu Lernbereichen zusammengefasst werden, kompetenzorientierte Bildungspläne ermöglichten inhaltliche Spielräume, Lernentwicklungsgespräche wurden verbindlich.

Was zuvor in Schulversuchen oder im Ringen um die rechtlichen Vorgaben und die Kursauflagen entwickelt worden war, ermöglichte mit diesem neuen Gestaltungsrahmen nun den Schulen ihre Profile weiter zu schärfen bzw. neu zu entwickeln. Profilklassen, Fachklassen, fächerübergreifender Projektunterricht, das Lernen im eigenen Takt u. v. m. konnten sich frei(er) entfalten, so dass die Stadtteilschulen ihren ganz eigenen Entwicklungspfad schaffen konnten.

Zeitgleich wurde in Hamburg mit der Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion begonnen. In der Sekundarstufe I leistet das System Stadtteilschule diese Aufgabe seitdem allerdings nahezu allein: Fast 95 % der Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in der Sekundarstufe I eine allgemeinbildende Schule besuchen, finden sich heute auf einer Stadtteilschule.

Stand und Bilanz

Die Gleichwertigkeit der integrierten Schulform Stadtteilschule gegenüber dem Gymnasium darf heute als gesichert gelten. Die Konstruktionsmerkmale von 2010 haben bis heute die Stadtteilschule zu einer starken Stimme in der Bildungslandschaft Hamburg werden lassen – gemessen an den schwierigen Ausgangsbedingungen darf dies als eine besondere Leistung der neuen Schulform hervorgehoben werden.

Die Anmeldezahlen erweisen sich nach anfänglichen Schwankungen inzwischen als stabil: Ca. 48 % der Hamburger Eltern melden ihre Kinder jährlich in der Stadtteilschule an.

Besonders bemerkenswert ist auch, dass die Stadtteilschulen ca. 30 % aller Abiturient:innen stellen (im Bundesdurchschnitt liegt die Quote der integrierten Schulen bei ca. 14 %). Wenn man bedenkt, dass bei der Anmeldung der Anteil von Schüler:innen mit einer sogenannten

Gymnasialprognose durchschnittlich im einstelligen Bereich angesiedelt ist, lässt sich erahnen, in welcher Weise mit diesem Bildungsgang Potentiale entfaltet werden.

Der Beginn der Stadtteilschule war von einem starken Steuerungswillen geprägt: Es ging dabei um die Gleichwertigkeit der Schulformen. Eine Überwindung der Zweigliedrigkeit war aber politisch nie gewollt. Wie in den Jahrzehnten zuvor hat Hamburg an der „Steuerung“ durch den Elternwillen festgehalten. Während andere Bundesländer (z.B. Bremen) den Zugang zum Gymnasium begrenzen, wurden in Hamburg keine weiteren systemisch relevanten Steuerungsfunktionen eingeführt. Die Schülerschaft an den Gymnasien wird heterogener, bleibt aber eine nach oben ausgelesene Schülerschaft. Jährlich werden knapp 1.000 Schüler:innen vom Gymnasium in die Stadtteilschule abgeschult: ein negativer Einschnitt in die Bildungsbiografie jeder/jedes betroffenen Schülerin/Schülers, zudem aber auch ein erheblicher Eingriff in die pädagogische Struktur jeder Stadtteilschule. Letzteres wird in gleicher Weise hingenommen wie die Tatsache, dass die Aufgabe der Inklusion nahezu ausschließlich von den Stadtteilschulen geleistet wird, während die Gymnasien hiermit weitestgehend nicht befasst sind.

Die Frage der Entwicklung zu einem inklusiven Schulwesen muss zudem vor dem Hintergrund der sozialen Schiefen in der Stadt gesehen werden. Die Disparitäten zwischen den Stadtteilen und zwischen den Schulen sind groß. Dies gilt in besonderer Weise für die Stadtteilschulen.

In einer datengestützten Analyse zur Lage der Stadtteilschulen in Hamburg hat das Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung Hamburg 2016 festgestellt, dass die Integrationsleistung der Stadtteilschulen vor dem Hintergrund ihrer Schülerschaft erheblich ist. Schüler:innen mit Migrationshintergrund, mit Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotionale Entwicklung, aber auch mit Profilen im oberen Leistungsbereich prägen das Bild und machen die spezifische, nicht mit dem Gymnasium vergleichbare Heterogenität der Schülerschaft aus.

Präambel

Vielfalt ist Reichtum – Gemeinsam erfolgreich lernen

Jede Schülerin und jeder Schüler kann etwas.

Jede Schülerin und jeder Schüler will lernen.

*Jede Schülerin und jeder Schüler bedarf der
Würdigung ihrer/seiner Leistung.*

*Jede Schülerin und jeder Schüler braucht
seine Zeit und eigene Lernwege.*

Leitsätze

Wir wissen: Lernen ist ein individueller Prozess.

*Wir gestalten und sichern längeres gemein-
sames Lernen.*

Wir fördern exzellente Leistungen jeglicher Art.

*Wir führen die Schülerinnen und Schüler zu den
bestmöglichen Abschlüssen und Anschlüssen.*

*Wir bieten und sichern einen profilgebenden
Weg zum Abitur.*

*Wir arbeiten in verlässlichen Netzwerken
und Kooperationen, um voneinander zu lernen
und ein breites Lern- und Unterstützungs-
angebot für jede Schülerin und jeden Schüler
zu bieten.*

*Wir fördern, fordern und betreuen die Schüle-
rinnen und Schüler durch Teams mit unterschied-
lichen Profession.*

„Die Stadtteilschulen“, so das **Fazit**, „tragen nachweislich zu einer Erhöhung von Chancengerechtigkeit bei, indem sie soziale Durchlässigkeit und Bildungsteilhabe erhöhen.“

Mit diesem datengestützten Resümee sollte es der Stadt Hamburg eigentlich leichtfallen, das Hamburger Schulwesen in Richtung eines inklusiven Schulsystems für alle Kinder und Jugendli-

chen zu entwickeln; dies auch, um den sozialen Disparitäten in der Stadt schulisch die Stirn zu bieten. Eine langfristig angelegte Strategie (z. B. durch Steuerung von Schülerströmen oder durch Verbleib der „Schulformwechsler“ im System Gymnasium) könnte dies anbahnen und einleiten. Wenn es denn gewollt wäre!

Doch die Hamburger Bildungspolitik geht hier möglichen Konflikten aus dem Weg. Bei den aktuell aufgrund steigender Schülerzahlen 23 geplanten Schulneugründungen im Sekundarbereich wurde bisher festgelegt, dass es sieben neue Gymnasien und 13 neue Stadtteilschulen geben soll, von denen allerdings mindestens sechs als sogenannte Campusschulen geführt werden sollen. Bei Letzteren handelt es sich im Kern um kooperative Systeme, die ihre Schülerschaft nach einer zweijährigen Beobachtungsstufe in die beiden Bildungsgänge Stadtteilschule oder Gymnasium aufteilen sollen – allerdings unter einem Dach. Die Hamburger GGG kritisiert dieses – missbräuchlich Campusschule genannte – Konstrukt als Einführung einer dritten Schulform. Man darf auf die konkrete Ausgestaltung und Entwicklung vor Ort gespannt sein.

Mit dem Zwei-Säulen-Modell ist immerhin gewährleistet, dass heute nahezu 50 % der Hamburger Schüler:innen eine integrierte Schulform besuchen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, denn es eröffnet diesen Kindern und Jugendlichen die Chance ohne Angst vor Ab- und Umschulung zu lernen, ihre Interessen zu entdecken und ihre Stärken zu entfalten. Er ersetzt aber unsere Forderung nach einem wirklich inklusiven Schulsystem keineswegs.

Quellen:.....

Bildungsbericht Hamburg 2017, BSB

Leitbild 2010, Leitbild Stadtteilschule Hamburg, BSB
online:

<https://www.hamburg.de/contentblob/2671052/62bd-820735c97e958985611994476ad8/data/sts-leitbild-der-weg.pdf>

abgerufen: 2023-07-17